

Warum wird das Schuljahr nicht einfach bis Weihnachten verlängert?

Zur: „Zwei Milliarden für Minderjährige“ und „Aufholprogramm für Schulen“, FR-Politik vom 6. Mai und -Regional vom 20. Mai

Zusätzlicher Stress bei zweifelhaftem Erfolg

Die Bundesregierung will zwei Milliarden für ein Aufholpaket für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellen, die Opposition fordert gleich noch mehr. Aber hat eigentlich jemand darüber nachgedacht, woher das qualifizierte Personal dafür kommen soll? Private Nachhilfeschoolen reiben sich schon die Hände, was dann wirklich geleistet wird, lässt sich kaum überprüfen.

Es gab schon einmal den Vorschlag – ich weiß nicht mehr von wem –, zwei aufeinanderfolgende Schuljahre auf je eineinhalb Jahre zu strecken. Warum wird darüber nicht ernsthaft nachgedacht? Man bräuhete kein zusätzliches Personal, die Lerngruppen blieben zusammen und die ohnehin in den letzten Monaten benachteiligten Schülerinnen und Schüler hätten Zeit in Ruhe nachzuarbeiten. Das „Aufholpaket“ bringt dagegen zusätzlichen Stress bei zweifelhaftem Erfolg.

Norbert Gassel, Seligenstadt

Das Versagen der Welt wird zum Versagen des Kindes

Die staatliche Schule mit ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag stellt in ihrer Gesamtheit bereits ein Förderprogramm für alle schulpflichtigen Kinder dar. Das sollte im Bewusstsein bleiben, wenn nun in sehr begrüßenswerter Weise erhebliche Mittel für besondere Förderprogramme in den Schulen bereitgestellt werden sollen.

Allein das Geld wird bei den Schülerinnen und Schülern nicht förderlich wirken, solange das Problem der entstandenen Lernrückstände als Defizit der einzelnen Kinder definiert wird. Aus Sicht dieser jungen Menschen ging über Nacht ihre vertraute Welt verloren. Das löste unter Umständen Angst und Verunsicherung aus, die sich durch die Wahrnehmung verstärken, dass auch Erwachsene Angst zeigen und die Welt im Großen und Kleinen nicht mehr sicher beherrschen. Fatal für die Kinder wird



An der Gutenbergschule in Darmstadt werden digital-interaktive Unterrichtsformen erprobt. MICHAEL SCHICK

es, wenn das Versagen der Welt nun zum individuellen Versagen des einzelnen Kindes erklärt wird.

Wenn Kinder die Rückstände aufholen sollen, müssen die Maßnahmen die Botschaft senden: Deine Welt ist sicher, mit dir selbst ist alles in Ordnung. Beziehungen müssen stabilisiert werden, um in den Lernprozessen Vertrauen zu schaffen. Das Gefühl von Sicherheit und Stabilität schafft erst den gemeinsamen Glauben an das Gelingen und damit den Lernerfolg. Darum können alle Maßnahmen, die den Kindern als Sekundärbotschaft das Gefühl eines persönlichen Defizits vermitteln, nicht zielführend sein. Ein Zusatzprogramm am Nachmittag oder in den Ferien mit unbekanntem Personal, eine Einsortierung in Spezialgruppen vermitteln den Kindern die alles überlagernde Nachricht: Das Problem bin ich.

Solange tiefgreifender Strukturwandel im Bildungssystem nur punktuell an Preisträgerschulen stattfindet, bleibt die stabilste Beziehung in der Schule noch immer die zur Lehrkraft und den Mitschülern in der eigenen Klasse. Das ist der entscheidende Bezugsrahmen, der jedem Kind Orientierung, Sicherheit und Ver-

trauen gibt und in dem es Ansporn gewinnt für die Anstrengungen zum Lernerfolg.

Darum mein Plädoyer: Geben wir den Kindern, den Lehrkräften und der Schule Zeit, die eigenen Kräfte zu stabilisieren und neue Impulse aufzugreifen und zu entwickeln. Fördern wir mit den neuen Mitteln die eigenen Antriebskräfte der Schulen. Vertrauen wir auf die innere Leistungsfähigkeit des Systems, wenn wir ihm die Zeit zurückgeben, die durch die Pandemie verloren ging. Zwei Langschuljahre mit einem Versetzungstermin zum 1.2.2023 stellen aus meiner Sicht die effektivste und kostengünstigste Fördermaßnahme dar.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

Den Kindern fehlen nicht nur binomische Formeln

Wenn dem Kultusministerium (Hessens, Anm. d. Red.) nichts mehr einfällt, fällt ihm das Geld ein. Nicht dass 60 Millionen nicht gebraucht würden! Aber an der Misere der Kinder und Jugendlichen ändert dieser Betrag nur wenig. Ihnen ist durch die coronabedingten Schulschließungen sehr viel mehr entgangen als die bino-

mischen Formeln oder die consecutio temporum. Hier nur einige Beispiele: Betriebspraktika, Klassenfahrten, Schulaufführungen, Feste, Lernerfahrungen an außerschulischen Lernorten. Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Am meisten fehlt ihnen jedoch der persönliche Kontakt zur Klasse und den Lehrerinnen und Lehrern.

Dies alles durch Nachmittags- und Ferienveranstaltungen bei fremden Lehrkräften aufzuholen, wird nicht möglich sein. Da helfen keine 60 Millionen (in Hessen). Da helfen nur Mut und Entschlossenheit der Kultusministerien, denn um die entgangenen Erfahrungen wenigstens im Nachhinein zu bieten, brauchen die Schulen mehr Zeit. Ich schließe mich daher der Forderung von Anja Mayr an, die in der „Zeit“ vom 22.4. die Verlängerung des laufenden Schuljahres bis zu den Weihnachtsferien vorgeschlagen hat. Das folgende Schuljahr würde 2022 nach den Weihnachtsferien beginnen und vor den Sommerferien 2023 enden. Ab dann wäre man wieder im gewohnten Takt.

Es behaupte bitte keiner, die Veränderung des üblichen Schuljahresrhythmus sei nicht machbar. Ich selbst habe zwei Kurzschuljahre

unbeschadet überstanden und G8 hin und zurück wurde auch bewältigt.

Gabriele Telgenbüscher, Frankfurt

Beschleunigte Überdigitalisierung

Die IFO-ForscherInnen nennen die bisherigen Ergebnisse des Dis-tanzunterrichts „enttäuschend“ und sind allen Ernstes erstaunt, dass sich die SchülerInnen während des „Homeschoolings“ im Durchschnitt mehr mit Klick-Konsumismus wie Social Media oder Videospielen beschäftigen, als zu lernen. Es sollte doch klar sein, dass es für die durch ein primitives Smartphone-Belohnungssystem konditionierten SchülerInnen wesentlich attraktiver ist, sich durch die bekannten Plattformen zu klicken oder Videos und Spiele zu konsumieren, als allein vor dem PC zu lernen. Gleichzeitig nehmen die psychischen Probleme vieler SchülerInnen im isolierten Homeschooling massiv zu.

Auch der Video-Chat-Unterricht kann ein lebendiges Miteinander in Präsenz nicht ersetzen und bleibt somit allenfalls eine Notlösung. Statt die wenig durchdachte und von den neoliberalen DigitalisierungsideologInnen geforderte Überdigitalisierung des Unterrichts kritiklos zu beschleunigen, sollte eine demokratische Gesellschaft diese Entwicklungen kritisch diskutieren. Dass gute Pädagogik mehr ist als die flächendeckende Ausstattung mit WLAN und Tablets, wird zunehmend negiert. Die durch die Corona-Pandemie beschleunigte Digitalisierung der Schulen führt leider nicht zu besserem Unterricht, sondern bereitet die SchülerInnen auf ihre Rolle als kritiklose Klick-KonsumentInnen im digitalen Kapitalismus vor. Auch wenn einzelne Stimmen aus der Politik (wie z.B. die SPD-Abgeordneten Rix und Kaczmarek in der FR) gelegentlich andere Aspekte einer ganzheitlichen Bildungspolitik ansprechen, fehlt eine digitalisierungskritische linke Partei.

Hermann Roth, Frankfurt

FR-Blog: Benzinfälle

Aus der Debatte über die nötige künftige Klimapolitik:

Es gibt keine Mehrheit für Klimamaßnahmen

Die Grünen sind in die Benzinpreisfälle gegangen. Warum auch immer. Die Konsequenzen waren eigentlich klar. Es wäre möglich gewesen, den Ausbau erneuerbarer Energien und den Abbau klimaschädlicher Subventionen in den Vordergrund zu stellen. Aus der Nummer wird man sie im Bundestagswahlkampf nicht mehr rauslassen. Für wirkliche Klimamaßnahmen gibt es wohl einfach keine Mehrheit. Das hat ja Frau Merkel die Tage so gesagt. Ich denke, dass sie schon seit Jahren keine Mehrheit hat in der Unionsfraktion.

Diskussion: frblog.de/klimapolitik

Kramp-Karrenbauer hat etwas übersehen

Moderne Bundeswehr: „Reformen für die Truppe“, FR-Politik vom 19. Mai

Nach dem Doppelbeschluss der Nato im Dezember 1979 forderte der Friedensaktivist Ulli Thiel: Frieden schaffen ohne Waffen! Helmut Kohl setzte dagegen die These: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen! Ob er wirklich auf Abrüstung setzte oder ob er dies sagte, weil damals ein großer Teil der Bevölkerung gegen die Stationierung der Raketen auf die Straße ging, ist unklar. Klar jedoch ist, dass die Rüstungsausgaben in Deutschland in den Folgejahren nicht gesunken, sondern erheblich gestiegen sind. So stieg der Verteidigungshaushalt im Jahr 2005 von 33,4 Milliarden Euro auf 52,8 Milliarden Euro in diesem Jahr. Geht es nach dem Willen unserer Verteidigungsministerin, würden bei jährlich ange-

strebten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 2031 fast 100 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt anstehen.

Diesen Aufrüstungswahn begründet die Ministerin u.a. mit einer „massive(n) russischen Aufrüstung“ und einer zunehmenden Verantwortung Deutschlands. Tatsache ist, dass Russland seine militärischen Ausgaben seit 2016 um mehr als 22 Prozent gesenkt hat, während die der Nato um 6,5 Prozent gestiegen sind (laut Sipri). Allein 2020 stiegen die Ausgaben Deutschlands fürs Militär um fünf Prozent. Angesichts der Tatsache, dass sich der Staat wegen Corona hoch verschuldet hat, ist dies ein Skandal. Fürs Militär scheint immer genügend Geld vorhanden zu sein.

Irgendwas muss Frau Kramp-Karrenbauer beim Blick ins Neue Testament übersehen haben: Sicherheit ist durch Aufrüstung nicht zu gewährleisten. Darum sollte sie sich Jesu Bergpredigt im Matthäusevangelium (Mt. 5) genau durchlesen – und das aus der badischen evangelischen Landeskirche stammende Konzept „Sicherheit neu denken“. Hier wird ein Prozess dargestellt, der die Überwindung des Militärischen durch das Zivile in gebaren Schritten aufzeigt. Dieses neue Konzept ist innerhalb kürzester Zeit auf reges Interesse sowohl in kirchlichen Kreisen als auch in der Politik sowie bei ranghohen Angehörigen der Bundeswehr gestoßen (sicherheitneudenken.de).

Gerhard Kern, Hofheim a. Ts.

Büsche für die Mädchen

Zur Kolumne: „Dumme und G'scheite“, FR-Meinung vom 18. Mai

Zu Michael Herls Kolumne mit der Aufteilung des Klassenzimmers nach den Kriterien „dumm“ oder „g'scheit“ kann ich ein Erlebnis ähnlicher Qualität hinzufügen. Einrichtung: ebenfalls Grundschule bzw. Volksschule, Ort: Kleinstadt in Niederbayern, Zeit: zweite Hälfte 50er Jahre. Der Pausenhof war in drei Bereiche aufgeteilt – die mit Kies bedeckte Fläche war für die Jungen, die sich anschließende Grasfläche mit mehreren Büschen und Bäumchen war für die Mädchen, auf der dritten Fläche waren Mädchen und Jungen zusammen, mit protestantischem Glauben. Diese dritte Fläche war die Feuerwehrein-fahrt. Peter Leiß, Berlin